

HAUPTSTADT DES DEUTSCHEN REICHES (1871–1945)

Otto von Bismarck (1815–1898)

Rudolf Virchow (1821–1902)

James Hobrecht (1825–1902)

Otto Lilienthal (1848–1896)

Wilhelm Voigt (1849–1922)

Paul Lincke (1866–1946)

Gustav Böß (1873–1946)

Walter Gropius (1883–1969)

Adolf Hitler (1889–1945)

Marlene Dietrich (1901–1992)

Albert Speer (1905–1981)

Bauten der Reichshauptstadt





Das Reichstagsgebäude

Berlin war mit der Kaiserproklamation Hauptstadt des Deutschen Reiches und zählte 1871 823.000 Einwohner. Mit der Hauptstadtfunktion hielten auch die zentralen Institutionen und Behörden des Reiches ihren Einzug in Berlin. Zugleich entwickelte sich Berlin in den Jahrzehnten nach der Reichsgründung zum wichtigsten Industrie- und Wirtschaftsstandort in Deutschland. Zur Bewältigung des innerstädtischen Verkehrs wurde von 1871–77 die Berliner Ringbahn (der heutige S-Bahnring) gebaut. Die rasant fortschreitende Industrialisierung ließen Bürgertum und Arbeiterschaft zunehmend das Bild der Stadt prägen. 1877 war Berlin Millionenstadt.

Die Stadtverwaltung befand sich auch in den Jahrzehnten des Kaiserreichs fest in liberaler Hand. Von der hier betriebenen fortschrittlichen Kommunalpolitik zeugen die auf Anregung Rudolf Virchows flächendeckend angelegte Kanalisation, städtische Krankenhäuser, wie das 1874 eröffnete Krankenhaus am Friedrichshain, Hallenbäder und öffentliche Badeanstalten, der Bau des Zentralviehhofes und die Anlage großer städtischer Parkanlagen wie des Humboldthains in Wedding und des Treptower Parks. 1881 wurde der bislang zu Charlottenburg gehörende Tiergarten nach Berlin eingemeindet. Bereits 1880 hatte auch der Ausbau des Kurfürstendamms westlich der Stadt begonnen.

Ebenfalls 1881 nahm in Lichterfelde die weltweit erste elektrische Straßenbahn ihren regulären Betrieb auf. 1882 wurde die Stadtbahn eröffnet, die auf elf Kilometern quer durch die Stadt den Schlesischen Bahnhof mit dem Bahnhof Charlottenburg verband. Von 1884–94 entstand nach Entwürfen von Paul Wallot das Reichstagsgebäude am Königsplatz, dem größten Platz Berlins, auf dem bereits seit 1873 die Berliner Siegestsäule zur Erinnerung an die Einigungskriege stand.

Zum Ende des 19. Jhs. änderte sich auch das Stadtbild. Die großen Industriebetriebe wie auch das wohlhabende Bürgertum zogen in die Nachbargemeinden und neu entstehenden Vorortviertel westlich Berlins. 1902 wurden in Berlin die ersten Streckenabschnitte der U-Bahn in Betrieb genommen. 1905 zählte Berlin zwei Millionen Einwohner. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterbrach 1914 Berlins Entwicklung zu einer für alle Kunstformen der damaligen Moderne aufgeschlossenen weltstädtischen Kulturmetropole. Während des Krieges erfolgte 1915 noch

die Eingemeindung der Jungfernheide und des Gebietes um den Plötzensee nach Berlin.

Ab 1915 war das Leben in Berlin aber auch zunehmend von kriegsbedingten Lebensmittelrationierungen und Einsparungen gekennzeichnet. Die Unzufriedenheit vor allem der Arbeiterschaft mit den immer schlechter werdenden allgemeinen Lebensverhältnissen mündete schließlich am 9. November 1918 in die Novemberrevolution in Berlin ein.

Mit der Abdankung des Kaisers war die Monarchie passé. Philipp Scheidemann (SPD) und Karl Liebknecht (USPD/Spartakus-Gruppe) riefen vom Reichstag bzw. vom Schloss die freie bzw. die sozialistische Republik aus. Bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen zwischen den gemäßigten Sozialdemokraten und radikaleren linken Revolutionären, um die sich Ende 1918 formierende KPD, wurden im Januar 1919 militärisch im Sinne der Sozialdemokraten entschieden.

Auf Betreiben von SPD und USPD beschloss der preußische Landtag am 27. April 1920 das »Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin«, durch das am 1. Oktober 1920 das bisherige Berlin mit den sieben Städten Charlottenburg, Lichtenberg, Köpenick, Neukölln, Schöneberg, Spandau und Wilmersdorf sowie mit 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken zu einer in 20 Verwaltungsbezirke gegliederten Stadt Groß-Berlin zusammengeschlossen wurde. Berlin hatte nun schlagartig mehr als 3,8 Millionen Einwohner und eine für Deutschland einmalige Größe erreicht. Alle Ansätze zu einer modernen Metropole, wie sie sich seit dem Ende des 19. Jhs. herausgebildet hatten, weiteten sich nun zu bislang unvorstellbaren Dimensionen. 1925 war Berlin bereits eine Vier-Millionen-Stadt.

Die Jahre ab 1924, gekennzeichnet durch wirtschaftliche Konsolidierung, verbunden mit moderner Architektur und dem Ausbau der Stadt, vor allem aber auch einem Höhepunkt von Kunst und Kultur, sind in der kollektiven Erinnerung als die »Goldenen Zwanziger Jahre« haften geblieben. Tatsächlich wurden die »Goldenen Zwanziger« im Wesentlichen doch nur von einer intellektuellen, kulturbeflissenen Minderheit als solche wahrgenommen, während die Masse der Berliner vollauf damit beschäftigt war, ihr wirtschaftliches Auskommen zu finden. In bürgerlich, konservativen Kreisen stieß die kulturelle Blüte zudem auch auf ideologisch begründete Vorbehalte. Schließlich sind in der Erinnerung beson-

ders stark auch gerade Kabarett, Revuen und Variétéveranstaltungen jener Jahre präsent geblieben, die vor allem Berlinbesucher ansprachen und so eine erhebliche Breitenwirkung gewannen. Wirtschaftlich war diese Blütezeit allerdings schon mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Ende 1929 vorbei.

Die Jahre ab 1929 waren nicht nur vom Elend der Weltwirtschaftskrise, sondern auch von zunehmenden sozialen und politischen Unruhen gekennzeichnet. Politische Aufmärsche, Straßenkämpfe und Saalschlachten waren für die Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und den seit 1926 auch in Berlin aufkommenden Nationalsozialisten, aber auch für deren jeweiligen Kampf gegen den von ihnen gleichermaßen gehassten demokratischen Staat, kennzeichnend.

Schließlich übernahmen die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 die Macht. Nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar setzte die unbremste Verfolgung aller politischen Gegner der Nationalsozialisten nunmehr auch mit den Machtmitteln des Staates ein. Am 15. März löste der preußische Innenminister Hermann Göring den Berliner Magistrat auf und ernannte den bisherigen Fraktionsvorsitzenden der NSDAP in der Stadtverordnetenversammlung, Julius Lippert (1895–1956), zum Staatskommissar für Berlin, dem die Zuständigkeiten des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg für das Stadtgebiet übertragen wurden.

Vor allem durch staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme wurde die Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise beseitigt und Berlin erlebte in den 30er-Jahren noch einmal eine kurze wirtschaftliche Blütezeit. Im August 1936 erlebte die Welt die Sommerolympiade in Berlin, die mit ihrer vermeintlichen Weltoffenheit dem nationalsozialistischen Deutschland internationales Ansehen beschern sollte. Ein Jahr später folgte die 700-Jahr-Feier Berlins, die wesentlich nationaler getönt war und sich eher als Binnenereignis für die Berliner Bevölkerung darstellte. Zugleich nahmen Hitlers Pläne für die Umgestaltung Berlins zu einer gigantischen Welthauptstadt konkrete Gestalt an und sollten bis 1950 umgesetzt werden. Berlin sollte dann in »Germania« umbenannt werden. Am 30. Januar 1937 wurde Albert Speer von Hitler zum »Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt« ernannt und nahm seine Tätigkeit zur Umsetzung der Hitlerschen Vorstellungen auf.

Der am 1. September 1939 mit dem Angriff auf Polen ausgelöste Zweite Weltkrieg ließ das Leben in Berlin zunächst weitgehend unberührt. Im Oktober 1941 begann dann die von der Gestapo organisierte Deportation der rund 60.000 Berliner Juden nach Polen und in das KZ Theresienstadt. Ab November 1943 begannen die schweren Luftangriffe der Westalliierten auf Berlin. Bereits bei den ersten dieser Angriffe wurden das Schloss Charlottenburg und die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Kurfürstendamm zerstört.

Am 16. April 1945 begann dann die sowjetische Schlussoffensive zur Eroberung Berlins, die am 2. Mai mit der Kapitulation der Stadt vor der Roten Armee endete. In Berlin, das bei Kriegsbeginn 4,3 Millionen Einwohner gehabt hatte, lebten jetzt nur noch etwa 2,6 Millionen Menschen. Die Sowjetunion hatte nun etwa zwei Monate Zeit, um bis zum Eintreffen der Westalliierten in Berlin Verhältnisse in ihrem Sinne zu schaffen, die zugleich auch eine Herrschaft ihrer deutschen Parteigänger begünstigten. Bereits am 17. Mai konstituierte sich der von der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzte erste Berliner Nachkriegsmagistrat unter Oberbürgermeister Arthur Werner (1877–1967). Am 1. Juli trafen dann die ersten westalliierten Truppen in Berlin ein. Am 11. Juli konstituierte sich die alliierte Stadtkommandantur. Schließlich konstituierte sich am 30. Juli 1945 in Berlin auch der Alliierte Kontrollrat als oberste Zentralinstanz für Deutschland.

Otto von Bismarck (1815–1898) –
Reichsgründer und Schöpfer des Kurfürstendamms

Nein, er war wahrlich kein Freund Berlins, obwohl er hier gut die Hälfte seines Lebens verbracht hat. Vielleicht waren es die unglücklichen Erlebnisse seiner Kindheit, die ihn zeitlebens einen Landadeligen bleiben ließen. 1852 drohte er sogar im preußischen Landtag, *»das wahre preußische Volk«* werde, *»wenn die großen Städte sich wieder einmal erheben sollten, sie zum Gehorsam zu bringen wissen, und sollte es sie vom Erdboden tilgen.«*

Otto von Bismarck wurde am 1. April 1815 auf Schloss Schönhausen in der Altmark als Sohn eines in jeder Hinsicht unbedeutenden Landjun-

kers aus altem Adelsgeschlecht und dessen Ehefrau, die aus einer bürgerlichen Familie von Gelehrten und Beamten stammte, geboren. Im Frühjahr 1816 zog die Familie auf das vom Vater ererbte Gut Kniephof bei Naugard in Hinterpommern, wo Bismarck die ersten Jahre seiner Kindheit bis 1822 verbrachte. Ostern 1822 brachte ihn seine Mutter nach Berlin, wo er die Plamannsche Bildungsanstalt, ein privates Internat für Söhne des Landadels und der Beamtschaft, besuchen sollte. Bismarck meinte später im Rückblick: *»Meine Kindheit hat mir die Plamannsche Anstalt verdorben, die mir wie ein Zuchthaus vorkam.«* Er vermisste das Leben auf dem Lande so sehr, dass er sich erinnerte: *»Die Plamannsche Anstalt lag so, daß man auf einer Seite ins freie Feld hinaussehen konnte. (...) Wenn ich aus dem Fenster ein Gespann Ochsen die Ackerfurche ziehen sah, mußte ich immer weinen vor Sehnsucht nach Kniephof.«*

Ab 1827 besuchte er Gymnasien in Berlin und legte am 3. April 1832 am Gymnasium zum Grauen Kloster das Abitur ab. In seinem Abiturzeugnis wurden ihm vor allem Sprachgewandtheit und gute Leistungen in Deutsch, Französisch und Englisch bescheinigt. 1832/33 studierte Bismarck Rechtswissenschaften in Göttingen, setzte dieses Studium ab September 1833 aber wieder in Berlin fort, wo er am 20. Mai 1835 das erste Staatsexamen bestand. Es folgten Stationen als Gerichtsreferendar am Königlichen Stadtgericht in Berlin und ab 1836 als Regierungsreferendar in Aachen und Potsdam. 1838 brach Bismarck die juristische Ausbildung ab und absolvierte seinen einjährigen Militärdienst in Potsdam und Greifswald.

Danach übernahm er 1839 die Bewirtschaftung von Kniephof. Nach dem Tode seines Vaters siedelte er 1846 nach Schönhausen über, um auch die Bewirtschaftung dieses Gutes zu übernehmen. Am 28. Juli 1847 heiratete er Johanna von Puttkamer (1824–94), mit der er drei Kinder haben sollte.

Die Märzrevolution von 1848 wurde von Bismarck schroff abgelehnt, der sogar kurzfristig erwog, seine Bauern zu mobilisieren und mit ihnen nach Berlin zu ziehen, um dem König zu helfen. Stattdessen gehörte er zu den Mitbegründern der ultrakonservativen »Kreuzzeitung« und von Interessenvertretungen des preußischen Landadels. Am 5. Februar 1849 wurde er für die Konservativen in den preußischen Landtag gewählt und sie-

delte noch 1849 mit seiner Familie nach Berlin über. Am 11. Februar 1850 wurde hier der älteste Sohn Herbert geboren. 1850 verpachtete Bismarck auch das Gut Schönhausen, um sich hinfort ganz der Politik bzw. der Ausübung staatlicher Ämter zu widmen.

Von 1851 bis 1859 war er preußischer Gesandter beim Deutschen Bund in Frankfurt/Main. 1859–62 war er Gesandter in St. Petersburg und von März bis September 1862 in Paris. Angesichts der Staatskrise in Preußen wurde er im September 1862 nach Berlin zurückgerufen. Bei dem berühmten langen Spaziergang im herbstlichen Schlosspark Babelsberg konnte er König Wilhelm I. am 22. September davon überzeugen, die Heeresreform und damit die königliche Politik auch gegen die Mehrheit des Landtages durchzusetzen. Kurz darauf ernannte ihn Wilhelm I. zum preußischen Ministerpräsidenten.

Als solcher meisterte er den Verfassungskonflikt mit der liberalen Landtagmehrheit und führte Preußen durch die deutschen Einigungskriege. Im Ergebnis seiner Politik wurde Berlin 1867 Hauptstadt des Norddeutschen Bundes und 1871 Reichshauptstadt. Bismarck erwies sich dabei als hervorragender Diplomat und Staatsmann von europäischem Format.

Für seine Verdienste um die Reichsgründung wurde Bismarck am 27. März 1871 zum Ehrenbürger der Stadt Berlin ernannt. 1873 wurde er von Wilhelm I. in den erblichen Fürstenstand erhoben und erhielt das im Herzogtum Lauenburg gelegene Amt Schwarzenbeck mit dem Sachsenwald, dem größten geschlossenen Waldgebiet Deutschlands nördlich der Elbe, zum Geschenk. Hier fand Bismarck Jahre später in Schloss Friedrichsruh einen Ort der Ruhe und Besinnung.

Bismarck vereinte ab 1871 für nahezu zwei Jahrzehnte die Ämter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten in Personalunion. Der Landmann in ihm fand auch in Berlin immer wieder durch Ausritte und Jagden Erfrischung. Bevorzugtes Revier hierfür war der Grunewald südwestlich der Stadt, den man am schnellsten über den noch aus der Zeit Joachims II. stammenden Reitweg des Kurfürstendamms erreichte. Als in den Gründerjahren nach 1871 der Ausbau des bislang unbebauten Kurfürstendamms zu einer 30 Meter breiten vornehmen Villenstraße projektiert wurde, griff Bismarck als preußischer Ministerpräsident und damit Verantwortlicher für das im öffentlichen Eigentum stehende



Siegessäule

Straßenland des Kurfürstendamms ein. Er orientierte sich an den Pariser Champs-Élysées, die er aus eigener Anschauung kannte, und sah den künftigen Kurfürstendamm als Hauptader des Verkehrs in Richtung der neu entstehenden südwestlichen Berliner Vororte an. 1875 erwirkte er eine königliche Kabinetts-Ordre, die den Querschnitt des Kurfürstendamms so festlegte, *»daß neben der Mittellinie ein 5 Meter breiter Reitweg und eine ebenso breite Mittelpromenade angelegt wird. Zu beiden Seiten sind je 10 Meter breite Fahrdämme, 4 Meter breite Bürgersteige und 7,5 Meter breite Vorgärten projektiert«*, was eine Gesamtbreite des Kurfürstendamms zwischen den Baufluchtlinien von 53 Metern und als öffentliches Straßenland von 38 Metern ergab.

Es sollte noch bis 1883 dauern, ehe der Ausbau des Kurfürstendamms durch ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank tatsächlich begann. Die 1886 vollendete Straße enthielt in ihrer Mitte sogar einen, von zwei Baumreihen eingefassten, acht Meter breiten Reitweg, womit Bismarcks Intentionen mehr als Rechnung getragen wurde. Der von ihm so geliebte Reitweg musste aber 1931 den Gleisen der Straßenbahn weichen, die ihrerseits 1954 durch den heutigen Mittelstreifen ersetzt wurden.

Am 20. März 1890 wurde Bismarck nach vorangegangenen Meinungsverschiedenheiten von Kaiser Wilhelm II. entlassen und zog sich tief gekränkt auf seinen Alterssitz Friedrichsruh zurück, wo er am 30. Juli 1898 verstarb. Immerhin enthielt sein Abschied von Berlin versöhnliche Elemente, die vielleicht geeignet waren, ihren Ehrenbürger mit der eigentlich von ihm ungeliebten Stadt auszusöhnen: Als er am 29. März 1890 mit seiner Familie Berlin verließ, wurde er auf dem Weg zum Lehrter Bahnhof von der Bevölkerung mit Ovationen bedacht. Auf dem Bahnhof hatten sich Tausende eingefunden, die die *»Wacht am Rhein«* und das Deutschlandlied sangen. Bismarck musste sich in seinen Salonwagen zurückziehen, weil ihm *»dicke Tränen«* der Rührung in die Augen traten.